

Freisinn FDP

Franz Georg Meier
D.F., Schulhausstr. 16
3003 Bern

002

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch>
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

ABSTIMMUNGSERGEBNISSE FDP zufrieden

Volk will gesunde Finanzen

Die FDP ist zufrieden mit den Ergebnissen der Eidgenössischen Abstimmung vom 7. Februar 1999. Einmal mehr hat der Souverän die von der FDP verfolgte Modernisierungspolitik auf der ganzen Linie bestätigt.

fung des Schuldzinsabzugs, Beibehaltung des Unterhaltsabzugs, Beibehaltung einer zeit- und betragsmässig eingeschränkten Schuldzinsabzugsfähigkeit beim Neuerwerb von Wohneigentum.

Der alte Zopf «Kantonsklausel» ist abgeschnitten worden. Die FDP freut sich über die nunmehr grösseren Auswahlmöglichkeiten bei Bundesratswahlen. Das deutliche Resultat schafft für künftige institutionelle Reformen (Staatsleitungsreform, Justizreform, Volksrechtsreform) eine gute Ausgangslage. Die FDP wird bereits an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 20. März 1999 im Bundeshaus (s. Seite 5 im «Freisinn») an diesen Themen weiterarbeiten.

Das Ja zur Revision des Raumplanungsgesetzes ist ein Ja zur Entwicklung hin zu einer unternehmerisch ausgerichteten Landwirtschaft. Für die Landwirtschaft werden dank dieser Revision neue Erwerbsmöglichkeiten geschaffen, die sie im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld dringend benötigt.

Das klare Ja zur Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin zeigt den Regelungsbedarf auf schweizerischer Ebene. Die nun zu entwickelnde Gesetzgebung muss auf dem Grundsatz «Kontrolle statt Verbote» basieren. Die FDP wird sich mit Vehemenz engagieren für einen modernen Forschungsplatz Schweiz, für eine strenge Bewilligungspflicht und gegen Forschungsverbote. ■

GUS. Am 7. Februar hat das Schweizer Volk die Sanierung der öffentlichen Finanzen höher gewichtet als Partikularinteressen. Das Nein zur Hauseigentümerinitiative ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Erreichung des Haushaltziels 2001 und eine Steilvorlage für das Stabilisierungsprogramm. Die FDP wird die Priorität der Sanierung der öffentlichen Finanzen mit Vehemenz auch bei Initiativen und Vorlagen geltend machen, die Mehrausgaben verursachen. Das stetige Auftürmen immer neuer Forderungen der Linken lässt die Fiskalquote in der Schweiz überdurchschnittlich ansteigen. Deshalb hat die FDP einen Steuer- und Abgabestopp verlangt (s. Seite 10/11 in diesem «Freisinn»). Das klare Resultat ist aber auch Auftrag. Die FDP hat ihre Konzeption des Systemwechsels bereits vor der Abstimmung skizziert: Abschaffung des Eigenmietwerts, Abschaf-



FDP-Präsident Nationalrat Franz Steinegger durfte zufrieden sein mit den Abstimmungsergebnissen vom 7. Februar. Die Ergebnisse stimmten einmal mehr mit den FDP-Parolen überein. (Photo ruti)

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Einladung für die Delegiertenversammlung vom 20. März 1999 im Bundeshaus auf Seite **5**
- Grundsatzartikel für mehr Wärme in der Partei von FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner ab Seite **6**
- Die FDP verlangt Steuer- und Abgabestopp. Generalsekretär Johannes Matyassy ab Seite **10**
- Die Auflösung des letzten «Freisinn»-Wettbewerbs auf Seite **17**



DV zur neuen BV im Bundeshaus!

GUS. Am 20. März 1999 führt die FDP Schweiz eine ausserordentliche Delegiertenversammlung im Nationalratssaal im Bundeshaus durch! Die Parolenfassung zur neuen Bundesverfassung und Thesen zur Fortentwicklung der Volksrechte, der Staatsleitung und der Justiz stehen im Mittelpunkt.

Das gab es noch nie: Die FDP Schweiz wird als erste Partei eine Delegiertenversammlung im Nationalratssaal durchführen können. Die DV vom 20. März findet also nicht – wie ursprünglich angekündigt – in Landquart statt, sondern in Bern. Die Delegierten werden für einmal in den Bänken des Parlaments Platz nehmen können. Im würdigen Rahmen kann somit die Vorstellung der neuen Bundesverfassung und die ent-

sprechende Parolenfassung stattfinden. Die modernisierte Bundesverfassung ist das einzige Geschäft, welches am 18. April 1999 zur Abstimmung kommt.

Die FDP wird die Gelegenheit nutzen, um die Visionen 2007 in den Bereichen Staatsleitung, Volksrechte, Föderalismus und Justiz weiter zu konkretisieren. Die Delegierten werden zu diesen Themen Thesen erhalten und diskutieren können.

Vor und nach der Delegiertenversammlung besteht die Gelegenheit, durch Parlamentarierinnen und Parlamentarier geführte Bundeshausbesichtigungen mitzumachen.

Lesen Sie mehr zu dieser aussergewöhnlichen DV auf Seite 5.

EUROPAPOLITIK ◉ *Kampf gegen die Extremisten*

Problemlöser sind gefragt

Seit fast 10 Jahren kämpfen Bundesräte und Parlamentarier für einen sinnvollen Zugang zum grössten Binnenmarkt der Welt, um endlich ein vernünftiges Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn zu finden.

VON FDP-NATIONALRAT
ERNST MÜHLEMANN,
ERMATINGEN (TG)

Ein erster Versuch mit der EWR-Abstimmung scheiterte 1992, da eine Mehrheit des Bundesrates den wirtschaftlichen und politischen Beitritt übereilig verknüpfen wollte. Mit dem Integrationsbericht 1999 geht unsere Regierung den pragmatischen Weg der schrittweisen Öffnung zur Europäischen Union, indem sie in einer ersten Phase die bilateralen Verträge dem Parlament und dem Volk vorlegen will, damit man möglichst rasch von den Vorteilen dieser zäh ausgehandelten Abmachungen profitieren kann. Die Auseinandersetzung um die Reaktivierung des EU-Beitrittsgesuchs soll in einer zweiten Phase erfolgen, wo sich dann Befürworter eines politischen Vollbeitritts und Anhänger eines Alleinganges mit bilateralen Wirtschaftsverträgen einigen müssten.

Durchdachte Entscheidungsgrundlage

Die bisherige Erfahrung zeigt, dass unser Volk, geprägt durch eine jahrhundertlang erfolgreiche Neutralitätspolitik, nur zögernd einer aussenpolitischen Öffnung zustimmt. Ein solches Ja an der Urne bedarf gründlicher Lagebeurteilung und braucht vor allem die Unterstützung des Gesamtbundesrates und der wichtigsten Parteienvertre-

ter. Der jetzige Bericht des Bundesrates ist eine durchdachte Entscheidungsgrundlage für einen vernünftigen Dialog, der sich endlich, frei von fanatischen Beitrittsparolen und sturer Neinsagerei, entwickeln konnte. Sollte auch diesmal unsere Europapolitik in eine emotionsgeladene Zänkerei ausarten, dürften wir in einer Sackgasse landen, die vor allem unseren Wohlstand gefährdet, aber auch die innenpolitische Stabilität bedroht.

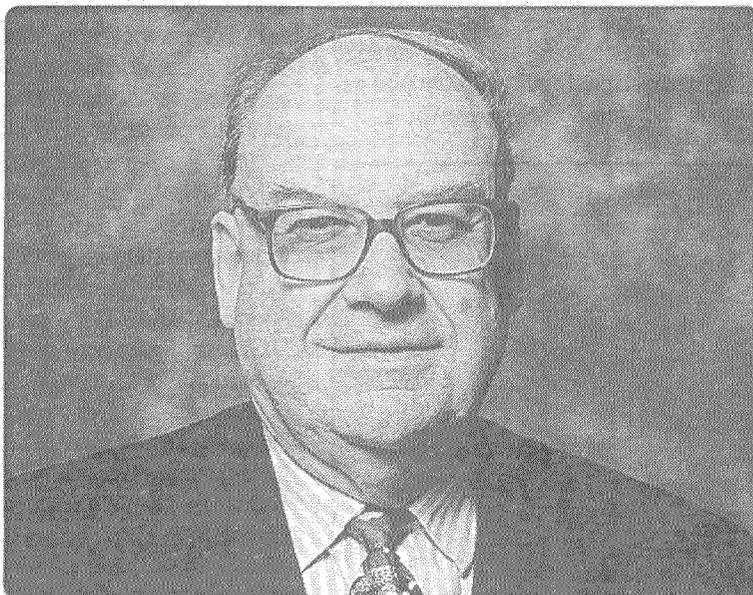
Eigentlich glaubte man, dass nach dem glücklichen Abschluss der bilateralen Verhandlungen, tatkräftig unterstützt von europäischen Kleinstaaten, die Zeit europapolitischer Zusammenarbeit unter den Bundesratsparteien angebrochen sei. Diese Hoffnung

täuscht leider, denn einmal mehr erklärten Vertreter der Zürcher SVP die Abmachungen als schlecht und ungenügend. Sie diffamierten aber auch den Integrationsbericht als Propagandaschrift für den politischen EU-Beitritt. Es wird damit erneut nicht konstruktiv politisiert. Sicher ist ein Vollbeitritt nicht problemlos, denn er tangiert die Grundsätze direkter Demokratie, föderalistischer Struktur und neutraler Politik, doch sollte man unter der Bundeskuppel mit mündigen Staatsbürgern sachlich über Vor- und Nachteile einer europäischen Integration diskutieren können. Mindestens stellt sich die Frage, ob die Schweiz nicht die Chance hätte, ein Mehr an Demokratie, Föderalismus und Liberalismus in die EU einzubringen. Vollends unglaublich werden die Extremisten der SVP dort, wo sie einen möglichen politischen Beitritt völlig ausschliessen und in ihr nationales Parteiprogramm ein

kategorisches Nein einfügen. Wer mit gesundem Menschenverstand politisiert, lässt doch bis zu einem tatsächlichen Entscheid alle Türen offen. Auf alle Fälle kennt man keine Hausbesitzer, die prophylaktisch ihre Notausgänge verriegeln.

Den europapolitischen Erfolg nicht gefährden

Leider enttäuscht einmal mehr auch die rotgrüne Allianz, die mit wehenden Fahnen lieber heute als morgen nach Brüssel ziehen will. Sie gibt zwar Lippenbekenntnisse für die bilateralen Verträge von sich, betrachtet aber diese Errungenschaft nur als ungeliebten Zwischenschritt für den möglichst raschen Vollbeitritt. Bundesrat Leuenberger hat grosses Verdienst, dass brauchbare Lösungen im Dossier Landverkehr zustande kamen, doch kaum war der Jubel verrauscht, malten die Angstapostel das Schreckgespenst der ausländischen Lastwagenkolonnen und des sozialen Lohndumpings an die Wand. So wird versucht, mit einseitigen parteipolitischen Anliegen neue Hindernisse aufzubauen, an denen eine mögliche Volksabstimmung scheitern könnte. Wer übertriebene flankierende Massnahmen verlangt, gefährdet den ersten europapolitischen Erfolg unseres Landes und kann dadurch auch den



FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann: «Wer übertriebene flankierende Massnahmen fordert, gefährdet den ersten europapolitischen Erfolg unseres Landes.» (Photo express)

ZUM THEMA

Der jetzige Bericht des Bundesrates ist eine durchdachte Entscheidungsgrundlage für einen vernünftigen Dialog, der sich endlich, frei von fanatischen Beitrittsparolen und sturer Neinsagerei, entwickeln konnte.

Auf alle Fälle kennt man keine Hausbesitzer, die prophylaktisch ihre Notausgänge verriegeln.

Wir brauchen für diese existentiell wichtige Entscheidung keine Problembringer, sondern Problemlöser, wenn wir endlich zu unseren europäischen Nachbarn ein kooperatives Verhältnis finden wollen.

gewünschten Vollbeitritt nicht erzwingen.

Es bleibt zu hoffen, dass die vernünftigen Politiker bei SVP und SP letztlich dominieren und ihre Extremisten zur Vernunft bringen oder mindestens überstimmen. Wir brauchen für diese existentiell wichtige Entscheidung keine Problembringer, sondern Problemlöser, wenn wir endlich zu unseren europäischen Nachbarn ein kooperatives Verhältnis finden wollen. Auch die Medien sollten die besondere Bedeutung dieser aussenpolitischen Sachfrage erkennen, indem sie für einmal den politischen Weg der Mitte informativ unterstützen und trotz dem Unterhaltungswert die verführerischen Parolen der Extremisten relativieren. ■

IM GESPRÄCH  Ruedi Noser, Mitglied der Geschäftsleitung

«Mehr rund 40jährige in die Politik»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Stets offen sein für alles und die sich stellenden Aufgaben mit Lust und Freude anpacken. Das Leben ist zu interessant und zu vielfältig, um es nur unter ein eng formuliertes Motto zu stellen.

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?

Auf unserer Jugend, die besser ist, als manche wahrhaben wollen. Wir müssen noch mehr tun, um unserem Nachwuchs die gleichen Chancen für den beruflichen Werdegang und die persönliche Entfaltung zu geben, wie meine Generation sie in den späten siebziger und den achtziger Jahren hatte.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Die Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an fast allen politischen und wirtschaftlichen Fronten.

ZUR PERSON

NAME: Ruedi Noser

GEBURTSDATUM: 14. April 1961

HEIMATORT: Oberurnen/GL, aufgewachsen in Niederurnen /GL

RELIGION: reformiert

ZIVILSTAND: verheiratet

AUSBILDUNG: Lehre: 78–82 Maschinenmechaniker bei der Firma Rieter, Winterthur.

Studium: 82–85 Interkantonales Technikum Rapperswil, Dipl. El.-Ing. HTL/STV.

Weiterbildung: unter anderem: Unternehmensführung an der HSG St. Gallen, Institut für Gewerbliche Wirtschaft, Management-Weiterbildung in Betriebswirtschaft an der Uni Zürich.



Ruedi Noser: «Was der Politiker vertritt, muss er auch selbst leben.»

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Alle Erfindungen, die es ermöglichen, Informationen weltweit für jedermann zu-

gänglich zu machen, unabhängig von Stellung und Einkommen, erachte ich als wichtig. Als die entbehrlichste erachte ich die Versicherungen für alles und jedes. Sie machen uns glauben, dass man sich gegen

jede Unbill des Lebens versichern lassen kann.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Ihre Kleinräumigkeit und die Fähigkeit ihres aus mehreren Sprachkulturen zusammengesetzten Volkes, auf engem Raum gut zusammenleben und arbeiten zu können.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

Der «alte» Kontinent wird noch einiges lernen müssen, damit er «jung» bleibt (oder wieder wird). Bis jetzt waren vor allem die Schrecken der beiden Weltkriege die treibende Integrationskraft innerhalb Europas. Es wird sich weisen, ob dieses Hauptmotiv nach der Jahrtausendwende noch ausreicht oder ob auch noch andere Schubkräfte Wirkung entfalten müssen. Ich denke, dass ein erfolgreiches Europa langfristig föderalistisch und demokratisch aufgebaut und weltoffen sein muss.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Nein. Nicht Mehrheiten, sondern Wohlstand zementiert das Bestehende.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Helmut Kohl. Ich bin sicher, dass spätere Generationen seine Leistungen für die Europäische Union noch höher einstufen und umfassender

STICHWORTE

INTERNET: Tägliches Arbeitsmittel.

SOZIALSTAAT: Eine der Voraussetzungen für das Funktionieren der Gesellschaft.

NEAT: Regionalpolitisches Denkmal, das uns noch teuer zu stehen kommen wird.

VERFASSUNGSREVISION: Politisch-juristische Aufräumübung, von der noch zu wenig Leute wissen, um was es dabei geht.

«ARENA»: TV-Sendung mit Showcharakter und oft aggressiver Tonalität.

würdigen werden, als das heute der Fall ist.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Weil ich ein überzeugter freisinniger und liberaler Mensch bin.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Das breite Meinungsspektrum in der FDP ist eine Stärke. In linken Parteien haben die Mitglieder ideologische Scheuklappen, und bei der SVP läuft man, etwas überspitzt gesagt, einem «Heilsbringer» nach. In der FDP gibt es indessen viele Leute, die in der Lage sind, selbständig zu denken und sich eine eigene Meinung zu bilden. Ein Nachteil in der FDP ist zurzeit die zu stark auf über 50jährige ausgerichtete Personalpolitik. Wir sollten mehr rund 40jährige Regierungsräte, National- und Ständeräte haben.

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Eine Schwäche ist meine Ungeduld, eine Stärke die schnelle Auffassungsgabe.

Keine kollektive Kollaboration

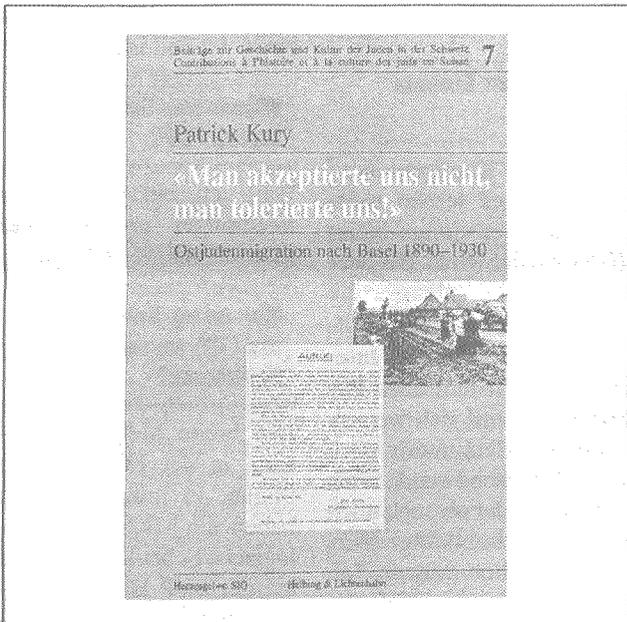
Während des ganzen Zweiten Weltkrieges fanden nahezu permanent Wirtschaftsverhandlungen mit Nazideutschland statt. Wie haben die Schweizer Vertreter sich verhalten? Was wusste die eine Seite jeweils von der anderen, und was spielte sich in Berlin und Bern hinter den Kulissen ab, wie bereitete man sich jeweils auf die

nächste Verhandlungsrunde vor?

Diesen und anderen Fragen geht das auch für Laien verständlich geschriebene Buch nach. Es beleuchtet zwei der dramatischsten Jahre der jüngeren Schweizer Geschichte überhaupt. Es räumt aber auch auf mit einigen der in der letzten Zeit erhobenen Vorwürfe der kollektiven

Kollaboration der Schweiz, ihrer Politiker und ihrer Wirtschaft mit dem Dritten Reich.

Vogler, Robert Urs: Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland 1941 und 1942. Helbling & Liechtenhahn: 1997. 205 Seiten. Gebunden. Fr. 74.-. ISBN 3-7190-1631-5, neu 3-7965-1285-2.



Zwischen Ausgrenzung und Integration

Zwischen 1880 und 1930 waren rund drei Millionen Juden Osteuropas gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Rechtliche und soziale Diskriminierungen, wirtschaftliche Not und wiederkehrende Pogrome nötigten die Menschen zu diesem Schritt; einige tausend Emigranten gelangten so in die Schweiz. Am Beispiel Basel wird Einblick in die so-

ziale Not der Ostjuden, in die Reaktionen der städtischen Bevölkerung auf die Flüchtlingsbewegung und in die Erfahrungen der betroffenen Jüdinnen und Juden gegeben. Die unterschiedlichen Perspektiven bieten ein vielgestaltiges Bild eines nahezu unbekanntes Kapitels der neueren Schweizer Geschichte zwischen Ausgrenzung und

Integration, zwischen Judenfreundschaft und Antisemitismus.

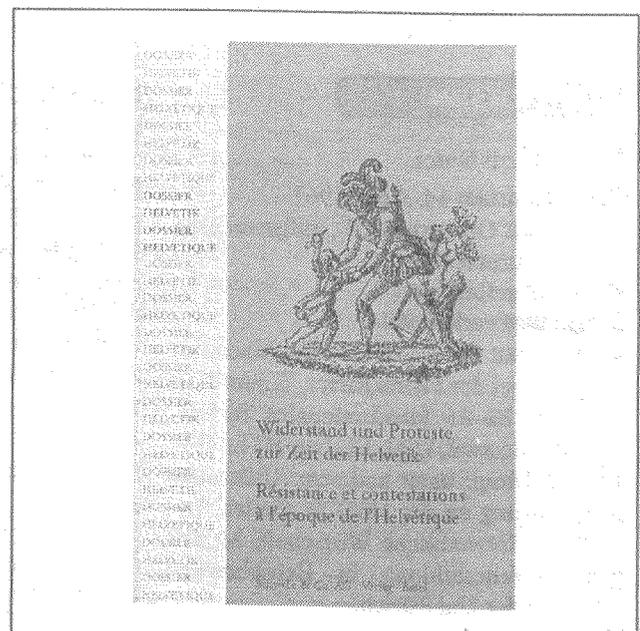
Kury, Patrick: «Man akzeptierte uns nicht, man tolerierte uns!» Ostjudenmigration nach Basel 1890-1930 (BJS 7). Helbling & Liechtenhahn: 1998. 152 Seiten. Broschiert. Fr. 49.-. ISBN 3-7190-1645-5, neu 3-7965-1140-6.

Widerstände

Wer die Helvetische Revolution und den ihr nachfolgend geschaffenen Staat verstehen will, muss sich mit den Widerständen auseinandersetzen, die diese Vorgänge mit sich gezogen haben. Können wir bestimmen, wogegen sich zwischen 1798 und 1803 Menschen gewehrt haben, so gewinnen wir wertvolle Anhaltspunkte für die Identifikation der spezifischen Merkmale des Neuen. Auch wenn nicht auf die Zeitem-

stände selbst, sondern auf das Nachleben abgestellt wird, wäre ein Umriss der Geschichte der Helvetik unvollständig, der die Widerstände ausser acht liesse. Wichtige Regionen der Schweiz bestimmen ihre Rolle in der Schweizer Geschichte nämlich gerade durch ihren Widerstand gegen die Helvetik. Im Mittelpunkt dieses Bandes steht die Rolle der Zentralschweiz im Widerstandsgeschehen.

Simon, Christian (Hrsg.): Dossier Helvetik IV. Dossier Helvétique IV. Widerstand und Proteste zur Zeit der Helvetik. Résistance et contestations à l'époque de l'Helvétique. Herausgegeben von Christian Simon. Schwabe: 1998. 266 Seiten. Broschiert. Fr. 58.-. ISBN 3-7965-1187-2.



Diskutieren Sie im Nationalratssaal über die neue Bundesverfassung und die weiteren Reformschritte

Samstag, 20. März 1999

ab 9.00 Uhr

Besichtigung des Parlamentsgebäudes,
des Ständeratssaals, der Bundesratszimmer

Führung durch eidg. Parlamentarier(innen)

10.00 Uhr

Begrüssung durch den Parteipräsidenten
Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen (UR)

10.15 Uhr

1. Teil: Neue Bundesverfassung

Idee und Konzept der neuen Bundes-
verfassung
Nationalratspräsidentin Trix Heberlein (ZH)

Einblicke in die neue Bundesverfassung
Ständeratspräsident René Rhinow (BL)

Fragen und Diskussionen

Parolenfassung

11.30 Uhr

2. Teil: Weitere Reformen/Visionen

Referat von Bundesrat Pascal Couchepin,
Chef EVD

Reformprojekte aus der Sicht des Bundes-
rates

Kurze Einführung und Vorstellung der The-
sen zu den Reformpaketen

- Föderalismus und Staatsleitung:
Ständerat Rolf Büttiker (SO)
- Volksrechte:
Ständerätin Vreni Spoerry (ZH)
- Justiz:
Nationalrat Fulvio Pelli (TI)

Fragen und Diskussion

Verabschiedung der Thesen

13.00 Uhr

Aperitif

13.30–14.00 Uhr

Besichtigung des Parlamentsgebäudes
(gleiche Möglichkeiten wie ab 9.00 Uhr)

20. MÄRZ 1999 ○ DV in Bern

Die FDP lädt ein ins Bundeshaus!

Das hat es noch nie gegeben! Die FDP Schweiz führt am Samstag, 20. März 1999, ihre nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung im Bundeshaus in Bern durch. Im Zentrum steht dabei die Parolenfassung zur modernisierten Bundesverfassung, die den Boden legen soll für weitere, aus freisinniger Sicht notwendige Reformen.

GUS. Der Sitzungssaal des Nationalrates wird geöffnet für die nächste Delegiertenversammlung der FDP Schweiz am 20. März 1999. Damit bietet sich für unsere Partei die Gelegenheit, als erste Partei in der Geschichte des Parlamentsgebäudes eine Parolenfassung sozusagen vor Ort abzuhalten. Dort, wo die revidierte Bundesverfassung durch das Parlament gezimmert wurde. Am selben Ort auch, wo neun Tage vorher die Ersatzwahl für zwei Mitglieder des Bundesrates vorgenommen wird.

Die neue Bundesverfassung

Jahrzehntelang trugen sich führende Schweizer Politikerinnen und Politiker mit dem Gedanken, die Bundesverfassung von Grund auf zu revidieren. Erst dem jüngsten Versuch unter der Leitung von Bundesrat Arnold Koller und der beiden Kommissionpräsidenten Ständerat René Rhinow und Nationalrat Joseph Deiss war dabei allerdings Erfolg beschieden. Das Parlament

beschränkte sich weitestgehend auf eine saubere und vollständige Struktur, auf die Aufnahme unbestrittener Neuerungen und auf eine Streichung ebenso unbestrittener alter Zöpfe. Das Resultat der äusserst effizient organisierten Arbeit liegt nun vor: eine moderne Verfassung, welche den Schweizerischen Bundesstaat so beschreibt, wie wir ihn heute sehen. Die Freisinnigen im Parlament haben sich an dieser Arbeit federführend beteiligt, so wie sie es jetzt auch in der Abstimmungskampagne tun. Da – mindestens aus freisinnigen Reihen – keine Gegnerschaft laut wurde, wird dieses Geschäft an der DV durch die beiden Ratspräsidenten Nationalrätin Trix Heberlein und Ständerat René Rhinow im befürwortenden Sinne vorgestellt, und es wird auf Contra-Referate verzichtet.

Den Boden für weitere Reformen legen

Nach der Parolenfassung wird sich die Delegiertenversammlung mit materiel-

len Reformprojekten befassen, welche im staatspolitischen Bereich aus freisinniger Sicht notwendig sind. Bundesrat Pascal Couchepin wird die Reformprojekte des Bundesrates vorstellen. Ständerat Rolf Büttiker (SO) wird Thesen zur Reform des Föderalismus und der Staatsleitung erläutern. Ständerätin Vreni Spoerry (ZH) wird die Vorstellungen zu einer Reform der Volksrechte formulieren und Nationalrat Fulvio Pelli (TI) sich mit der Justizreform befassen. Die vorgebrachten Thesen werden anschliessend diskutiert und verabschiedet.

Besichtigung des Parlaments

Vor und nach der Delegiertenversammlung bietet die FDP Schweiz den Delegierten die Möglichkeit an, sich durch eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier durchs Parlamentsgebäude führen zu lassen. Machen Sie von diesem einmaligen Angebot Gebrauch! ■

Anmeldetalon

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 20. März 1999 in Bern sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich mit diesem Talon an:

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte möglichst rasch einsenden, faxen oder e-mailen an:
FDP Schweiz, Anmeldung DV Bern, Postfach 6136, 3001
Bern, Fax (031) 320 35 00, e-mail: gs@fdp.ch

FDP-NEUPOSITIONIERUNG ◉ Ein Diskussionsbeitrag

Diese Partei braucht mehr Wärme

Referat von Frau Landammann Marianne Kleiner-Schläpfer, gehalten am Neujahrsapéro der FDP Winterthur am 16. Januar 1999.

VON FDP-VIZEPRÄSIDENTIN LANDAMMANN MARIANNE KLEINER, HERISAU (AR)

Natürlich wäre es einfacher und vielleicht auch naheliegender, wenn ich Ihnen als Landammann und Finanzdirektorin von Appenzell Ausserrhodon etwas über unseren Kanton berichten würde. Nicht weil ich glaube, dass man schon in Winterthur die Ostschweiz kaum mehr kennt, sondern weil Sie hier in Winterthur wahrscheinlich in Interessen, Denken und Fühlen mehr nach Zürich und in westlicher Richtung orientiert sind.

Erfolgreiche Sanierung der Kantonsfinanzen

Ich könnte Ihnen von unserer modernen Verfassung erzählen, von den Auseinandersetzungen um die Abschaffung der Landsgemeinde oder – weniger gern – von den Schwierigkeiten, die uns mit dem nicht ganz freiwilligen Verkauf unserer Kantonalbank entstanden sind, etwa von den ungeschönen politischen Begleiterscheinungen oder von den finanziellen Konsequenzen. Ich könnte aber auch – und das täte ich dann wieder lieber – von der gelungenen politischen und finanziellen Bewältigung dieser Probleme berichten. Vielleicht würde auch die



FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner: «Ich bin stolz, Mitglied dieser FDP zu sein.»

Sanierung unserer Kantonsfinanzen Ihr Interesse finden. Diese sind schon durch die wirtschaftliche Entwicklung bei uns wie in vielen Kantonen und Gemeinden aus dem Gleichgewicht geraten. Für uns sind aber noch die Verluste aus dem Kantonalbank-Crash dazugekommen. Dennoch schreiben wir heute trotz gleichbleibender Steuerbelastung wieder schwarze Zahlen in der laufenden Rechnung, tragen Schulden ab und werden in einem Jahr, wenn es normal geht, sogar schuldenfrei sein.

Oder ich könnte mich zum neuen Parteiprogramm

äussern und zur «Vision Schweiz 2007». Von beiden bin ich begeistert, und ich bin auch stolz, Mitglied eben dieser FDP zu sein.

«Wärme»

Nur: Meine Äusserung «Unsere Partei braucht mehr Wärme» ist zu einer Art Schlagzeile geworden und hat eine Aufmerksamkeit geweckt, die mich selber überrascht hat. Es ist schon für sich genommen eine interessante Tatsache, dass eine Randbemerkung so stark gehört wird. Vielleicht ist damit etwas angesprochen worden, was unsere Partei mehr beschäf-

tigt, als wir es oberflächlich wahrnehmen.

Kann man überhaupt darüber referieren, dass und wie die FDP mehr Wärme bekommt? Sozusagen ein Wärmereferat? Ist es überhaupt möglich, «Wärme» zu beschreiben? Kann ein Referat die gestellten Erwartungen erfüllen? Besser und einleuchtender wäre es doch, Wärme erleben zu lassen. Dann wüssten alle: so ist das, so fühlt es sich an, wenn Wärme da ist.

Vielleicht muss ich es einmal mit einer Frage versuchen: wann erleben Sie persönlich Wärme, wo und mit wem? Was macht es aus, dass Sie sich irgendwo oder bei jemandem wohl, warm und geborgen fühlen? Sie werden, wenn Sie diesem Gefühl nachspüren unschwer auf Antworten kommen wie «bei meiner Frau», «bei meinem Mann» oder «mit meinem Freund», «mit meiner Freundin». Sie kommen aber auch auf Gruppen wie die Familie, die eigene oder die Elternfamilie, auf einen Freundeskreis, eine vertraute Runde, den Club, den Sie immer wieder besuchen. Was macht es hier aus, dass Sie sich gut fühlen, dass Sie das Gefühl erleben, welches Sie mit «Wärme» umschreiben könnten?

Das Gefühl dazuzugehören

Bleiben wir doch einen Moment bei der Familie, beim Freundeskreis oder der vertrauten Runde. Diese alle haben ja mit der Partei eine Gemeinsamkeit, nämlich dass sie aus einer Mehrzahl von Menschen bestehen.

ZUM THEMA

.....
Auch die Partei könnte ja vermehrt diese «vertraute Runde» sein.

.....
Dass die FDP mit Köpfen wirbt, sagt vorerst zwei Sachen aus: erstens, dass erfolgreiche Politik personifiziert werden muss, und zweitens, dass sie kluge Köpfe, sozusagen Köpfe mit Köpfchen, zur Verfügung stellen kann.

.....
Darum müssen wir die Visionen der FDP sozusagen auf den Boden holen.

Auch die Partei könnte ja vermehrt diese «vertraute Runde» sein. Aus zahlreichen Feedbacks habe ich geschlossen, dass das offenbar der Wunsch vieler Parteimitglieder ist. Gleiche Ansichten erleichtern das Gefühl der Zugehörigkeit, des Einsseins, und nichts verbindet so wie gemeinsam getane Arbeit oder gar gemeinsam errungene Erfolge.

In der Gruppe fühlen wir uns auf diese gute Art, wenn wir Zuwendung, Unterstützung, Verständnis und Verständigung erfahren. Aber auch durch das Gefühl, dazuzugehören, durch die Gruppe getragen zu werden, in gewisser Weise dort zu Hause zu sein. Und vielleicht darf gerade in unserer heutigen Gesellschaft, die stark auf Konsum, auf das Nehmen ausgerichtet ist, auch daran erinnert werden, dass das Geben, das Schenken von Unterstützung, Verständnis und Zuneigung auch Wärme und Freude auslösen kann, und nicht zuletzt und gerade beim Geben selber.

Wärme entsteht aber nicht nur durch «reine Liebe». Eine Atmosphäre

ZUM THEMA

Wir müssen unseren Standort auch emotional erlebbar machen.

Wir könnten das Bild einer Gemeinschaft vermitteln, in der die Starken auch für die Schwachen denken, sie mitnehmen, ohne dabei sich selber schwächen zu müssen.

Die Partei braucht nicht nur mehr Wärme, sie braucht auch mehr Humor, Witz, eine Spur der «Leichtigkeit des Seins», Kreativität, Spontaneität – eben Emotionalität.

von Friede, Freude, Eierkuchen kann auch leer sein und höchstens ein Strohfleckerchen entzünden. Häufig ist es anderes, das die Wärme ausmacht. Rein physikalisch entsteht Wärme auch durch Reibung. Auch Konflikte erzeugen Reibung, und Problemlösungen hinterlassen, wenn sie erfolgreich gemeistert werden, durch die Reibungsenergie, die dabei entsteht, am Schluss ein Gefühl der Wärme und der Zusammengehörigkeit. Gut gelöste Konflikte verleihen auch Sicherheit in einer Beziehung, die Sicherheit, es gemeinsam geschaffen zu haben, und die Zuversicht, auch zukünftige Konflikte gemeinsam wieder lösen zu können.

Wärme gibt es auch durch alles nicht Perfekte. Das Perfekte ist leblos; alles, was lebt, ist fehlerhaft, aber es lebt! Wärme ist Leben, und Leben ist Wärme. In der Freude so sehr wie in der Auseinandersetzung. Das Leben besteht aus beidem.

Köpfchen contra Herz?

Letzten Endes lieben wir – empfinden wir Wärme – für

die Schwächen und die kleinen Fehler derer, die mit uns sind. Die grossen Fähigkeiten bewundern wir. Aber lieben tun wir die Unzulänglichkeiten, und wohl fühlen wir uns in einem Klima der Toleranz und der gegenseitigen Unterstützung. Damit möchte ich aber nicht das Wort reden für eine Art von politischem Schonklima, welches beispielsweise ein energisches Eingreifen gegen Fehler, Inkompetenz und Schluderigkeit verhindert. Toleranz lässt die Beseitigung von Fehlern zu, ja – sie verlangt sie, aber sie vermeidet persönliche Angriffe. Darin liegt der Unterschied.

Die FDP versteht sich als die Partei mit Köpfchen. Das ist ein erfolgreicher Slogan. Man kann Inhalte einer Politik ja immer auf verschiedene Art vermitteln. Dass die FDP mit Köpfchen wirbt, sagt vorerst zwei Sachen aus: erstens, dass erfolgreiche Politik personalisiert werden muss, und zweitens, dass sie kluge Köpfe, sozusagen Köpfe mit Köpfchen, zur Verfügung stellen kann. Köpfe mit Köpfchen contra Köpfe mit Herzen?

Wenn die FDP also Wärme braucht, so kann diese von den Mitgliedern kommen, von der Parteileitung, den Exponentinnen und Exponenten, von Gremien und von der Art, wie die Menschen miteinander umgehen – oder vom Programm.

Ich würde meinen, dass es die FDP verstanden hat, sich ein Image als intelligente, ja brillante, sach- und lösungsorientierte Partei aufzubauen. Das zeigt sich auch mit der «Vision 2007». Das sind alles intellektuelle Qualitäten. Sie wirken klar, überlegen, vertreten eher die männliche Denk- und Sprechweise. Was dabei zu kurz kommt, ist die Emotionalität, die es braucht, um diese Inhalte an die Basis zu bringen.

Visionen auf den Boden holen

Darum müssen wir die Visionen der FDP – so brillant sie sind – sozusagen auf den Boden holen. Sie müssen greifbar und fühlbar werden. Man muss sie bildlich erleben und sich bei ihnen zu Hause und dazugehörend fühlen können. So können wir sie zu den Menschen bringen.

Wir müssen unseren Standort auch emotional erlebbar machen. Die FDP muss sich auch emotional als eigene Kraft mit einem eigenen, erlebbaren und von den anderen Parteien auch gefühlsmässig unter-

Frauen, und das in einem Mass, das mich selber überrascht hat. Offenbar hat sie etwas anklingen lassen, das viele spüren. Wenn ich nun die Inhalte, die hinter dieser Bemerkung stehen, zusammenfasse, ergeben sich fünf Elemente:

1. Die Partei braucht nicht nur mehr Wärme, sie braucht auch mehr Humor, Witz, eine Spur der «Leichtigkeit des Seins», Kreativität, Spontaneität – eben Emotionalität. Dies nicht anstatt des Intellektes und des Sachverständes, sondern zusätzlich.

Diese Qualitäten können von den Mitgliedern der



FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner: «Zentral ist, dass wir die Frauen mit ihren Stärken besser integrieren, ohne dabei die Stärken der Männer in der Partei in den Hintergrund geraten zu lassen.» (Bild: ruti)

scheidbaren Programm darstellen. Wir könnten das Bild einer Gemeinschaft vermitteln, in der die Starken auch für die Schwachen denken, sie mitnehmen, ohne dabei sich selber schwächen zu müssen. Das vermittelt das Gefühl, hier getragen und verstanden zu werden, es verbreitet Sicherheit, Wärme und Geborgenheit.

Fünf Elemente für mehr Wärme

Meine Bemerkung «Diese Partei braucht mehr Wärme» ist gehört worden, gerade innerhalb der FDP und vor allem bei den

Partei, von der Parteileitung, den Exponentinnen und Exponenten, von Gremien und Ausschüssen, also von den Menschen in dieser Partei kommen oder sich aus unserem Programm ergeben.

2. Die Kommunikation der Inhalte, seien es jene des Parteiprogrammes oder jene bei Wahlen und Abstimmungen, muss emotionaler gestaltet und zusätzlich mit Menschen bzw. Köpfen verbunden, das heisst personalisiert, werden. Dies auch wieder neben der Übermittlung der intellektuellen Inhalte und zusätzlich zu diesen. Zen-

tral ist dabei, dass wir die Frauen mit ihren Stärken besser integrieren, ohne dabei die Stärken der Männer in der Partei in den Hintergrund geraten zu lassen. Das heisst, dass wir ein Parteiprogramm brauchen, das zwar mit dem Verstand entworfen wird, das aber auch emotional kommuniziert und erfahrbar wird. Wir müssen bewusst eine Atmosphäre der Unterstützung und des Verständnisses füreinander, der Akzeptanz, der Toleranz, der Unkompliziertheit und der Frische schaffen.

3. Unsere Konfliktkultur soll noch vermehrt zu einer Gewinner-Strategie gestaltet werden. Dabei dürfen Konflikte ruhig auch einmal hitzig ausgetragen werden. Die Kommunikation muss aber fair bleiben, darf nicht unter die Gürtellinie fallen.

4. Organisationen, welche dem Perfektionismus fröhnen, laufen Gefahr, dass sie erstarren. Wir brauchen eine fehlertolerante Kultur, um das Potential aller zu nutzen und in grossen Schritten vorwärtszukommen. So kommt in die Partei pulsierendes Leben.

5. Wir sollten uns noch bewusster werden, dass wir uns gegenseitig brauchen: Frauen und Männer, Junge und Ältere, Unternehmer und Angestellte, Gewerbetreibende und Mütter, so können wir Synergien erreichen und unsere Inhalte farbiger und die Auftritte kreativer gestalten. Die besagten Köpfe – Köpfe mit Köpfchen und Köpfe mit Herz – präsentieren sich dann vielgestaltiger, und auch breitere Bevölkerungsgruppen vermögen leichter, sich mit ihnen zu identifizieren. Und vor allem brauchen wir nicht nur Intelligenz und Klugheit, sondern auch Geborgenheit, Freude, Humor, Lebhaftigkeit und eben: Wärme. ■

BUNDESRATSWAHLEN  JFS schaltet sich ein

Jungfreisinnige unterstützen Kandidatur Metzler

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) wollen eine junge Bundesrätin. Deshalb unterstützen sie die Kandidatur der 34jährigen Ruth Metzler-Arnold.

Frau Ruth Metzler-Arnold hat das Zeug zur Bundesrätin: Einerseits hat sie als Innerhoder Finanzdirektorin wertvolle Exekutiv-Praxis sammeln können, andererseits verfügt sie über eine profunde Ausbildung und

genügend berufliche Erfahrung, um das anspruchsvolle Amt einer Bundesrätin ausüben zu können.

Die Schweiz befindet sich im Wandel: Sie beginnt sich gegenüber Europa und der Welt zu öffnen und erhält mit der neuen Bundesverfassung ein zeitgemäßes Kleid. Um so wichtiger ist es, dass in einer solchen Zeit die Interessen der Jungen in alle Entscheidungen miteinbezogen werden. Schliesslich sind es die Jungen, die in der Schweiz, die

heute gestaltet wird, morgen leben müssen.

Dank ihrem jungen Alter, aber auch dank ihrer aufgeschlossenen und fortschrittlichen Persönlichkeit wäre Ruth Metzler deshalb die ideale Kandidatin für die Nachfolge in den Bundesrat. Die Jungfreisinnigen werden sich deshalb – insbesondere gegenüber der FDP-Fraktion – für ihre Kandidatur stark machen.



Wenn es nach dem Willen der Jungfreisinnigen gehen soll, dann wird die Innerhoder Finanzdirektorin Ruth Metzler neue Bundesrätin.

Jetzt in die Uno!

Am 8. September 1998 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Für den Beitritt der Schweiz zur Uno» lanciert. Die Initiative ermächtigt den Bundesrat, beim Generalsekretär der Uno ein entsprechendes Aufnahmegesuch zu stellen.

Der Weg über eine Volksinitiative wurde gewählt, um nach dem Scheitern der bundesrätlichen Vorlage im Jahre 1986 eine breite Diskussion über die Stellung der Schweiz in der Staatengemeinschaft auszulösen. Die Uno-Initiative ergänzt die Bemühungen um eine Integration der Schweiz in Europa mit einer globalen Perspektive.

Warum jetzt?

Nach dem Ende des kalten Krieges 1989 haben die Verhandlungen mit der EU

und mehr noch die internationale Diskussion über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg gezeigt, dass sich die zunehmend isolierte Schweiz nicht endlos auf die Fürsprache der anderen Staaten verlassen kann. Die Schweiz steht heute am Wendepunkt zwischen einem isolationistischen Rückzug ins geistige Reduit oder einer mutigen Öffnungspolitik. Der Beitritt zur Uno ist ein bedeutendes Zeichen für einen Bewusstseinswandel und gerade deshalb ein besonderes Anliegen der jüngeren Generation.

Warum zur Uno?

Die Uno ist nach wie vor die einzige universelle Organisation mit dem Ziel, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und gemeinsam Lösungen für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu erzielen.

Der Beitritt zur Uno stellt die Souveränität, die Demokratie sowie die Neutralität der Schweiz in keiner Weise in Frage. Die Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen sind mit der schweizerischen Neutralität ohne weiteres vereinbar. Andere neutrale Staaten wie Österreich und Schweden sind bereits vor längerer Zeit der Uno beigetreten, und diese anerkannte 1995 auch ausdrücklich die ständige Neutralität des Uno-Mitglieds Turkmenistan. Gemeinsam mit diesen Staaten kann die Schweiz die Position der Neutralen in der Uno stärken. Die Schweiz ist heute bereits in verschiedenen internationalen sicherheitspolitischen Organisationen Mitglied, so zum Beispiel in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), einer Regionalorganisation der Uno, ohne dass die Neutralität

davon betroffen wäre. In der Uno muss die Schweiz auch nicht an militärischen Aktionen teilnehmen, welche nicht mit der Neutralität vereinbar sind. Gerade der Konflikt in Kosovo zeigt, dass die Schweiz ihre ausserpolitischen Interessen nur noch wahrnehmen kann, wenn sie in der heute auch sicherheitsmässig vernetzten Welt ihre Neutralität auf eine neue völkerrechtliche Grundlage stellt.

Nach der Zeit der «klassischen» Staatenkriege stehen sich heute alle Staaten neuen Formen der Bedrohung gegenüber: Umwelterstörung, religiöser Fanatismus, ethnische und kulturelle Konflikte, soziale Spannungen oder die unkontrollierbare Macht multinationaler Konzerne sind nur einige Beispiele von Herausforderungen, die mit einer national begrenzten Politik nicht mehr bewältigt werden können. Die Uno bietet eine der wenigen Ansätze zu einer multilateralen Bewältigung dieser Probleme. In diesem Sinne er-

gänzt der Uno-Beitritt die Anstrengungen der Schweiz für eine Integration in Europa um die mehr und mehr überlebensnotwendige globale Dimension.

Was kann ich tun?

Falls kein Unterschriftenbogen zu finden ist oder Du weitere bestellen möchtest oder Dich im Komitee Deiner Region engagieren willst, wende Dich bitte an das Zentralsekretariat:

«Vereinigung
Volksinitiative Beitritt
der Schweiz zur Uno»
Postfach 734
4003 Basel
Tel./Fax (061) 261 65 54
oder für die Region Bern:
Michael Burkard
Postgasse 56
3011 Bern
Tel. (079) 315 19 29

Überlassen wir unsere Zukunft nicht den Ewiggestrigen – engagieren wir uns!

Michael Burkard

Die Frauen der FDP auf dem Weg ins nächste Jahrtausend

Grosser Festanlass und Wahlkampfauftakt

- WANN:** Samstag, den 26. Juni 1999,
Zeitraumen ca. 10.30–15.30 Uhr
- Wo:** Im neuen Kultur- und Kongresszentrum in
Luzern (ist allein schon eine Reise wert)
- TEILNEHMERINNEN:** Alle National- und Ständerätinnen, alle Re-
gierungsrätinnen, Bundesrichterin und Ge-
neralsekretärin der Bundesversammlung,
alle Mandatsträgerinnen auf kantonaler und
kommunaler Ebene, alle Kandidatinnen für
die Parlamentswahlen am 24. Oktober
1999, alle Frauen in der FDP sowie Sympa-
thisantinnen . . . kurz: ein Grossaufmarsch.
- Dabeisein ist ein Must.**
- PROGRAMM:** u. a. Ansprache von Frau Nationalratspräsi-
dentin Trix Heberlein, Statements der Frak-
tionspräsidentin Ständerätin Christine
Beerli und von Mandatsträgerinnen und

solchen, die es werden wollen, aus allen
Landesteilen

Musik:

Frauen spielen Musik von Frauen:
Klaviertrio von Fanny Mendelssohn

Imbiss:

hoffentlich auf der Terrasse des KKL

Gastreferentin:

Khalida Messaoudi, Algerien, Trägerin des
Friedenspreises der Liberalen Internationa-
len 1998

**Und weitere Events, die wir noch nicht
verraten.**

ZIEL:

Solidarität zeigen, feiern, den Wahlkampf
aufnehmen, mindestens 1000 Teilnehmerin-
nen

**Aufgabe an alle: Termin reservieren und blockiert lassen. Frauen
mobilisieren.**

Schweizer Ärzte
in Afrika –
helfen Sie mit!

SOLIDAR MED

SolidarMed: Schweiz.
Organisation für die
medizinische Zusammenarbeit
mit Afrika, gegründet 1926
Ⓢ ZEWO-anerkannt

- Entsendet Schweizer Ärztinnen und Ärzte sowie
andere Fachleute nach Afrika, um **Landspitäler
medizinisch, technisch und betriebswirt-
schaftlich zu unterstützen.**
- Hilft der armen Bevölkerung in ländlichen Gebie-
ten von Lesotho, Zimbabwe, Moçambique und
Tanzania durch Unterstützung beim Aufbau der
Basis-Gesundheitsversorgung.
- Baut keine teuren Zusatz-Organisationen
auf, sondern arbeitet in den bestehenden loka-
len Institutionen mit – im Sinn der Nachhaltigkeit
und der **Hilfe zur Selbsthilfe.**
- Führt Projekte im Auftrag der Schweizerischen
Eidgenossenschaft aus – ein Beweis für die
Seriosität, Kompetenz und Erfahrung von
SolidarMed.

Weitere Informationen sind
bei der Geschäftsstelle erhältlich:
Telefon 041- 360 66 67, 6000 Luzern 12
<http://www.medicusmundi.ch/solidar.htm>

Jeder Beitrag ist willkommen:
Postkonto 60-1433-9
Herzlichen Dank!

s i l v a t u r
BÖHMEN POLEN
WÄLDER
UND RENAISSANCESTÄDTE
AUS DER MÄRCHENZEIT

**Komfort-Rundreisen: Faszinierende Begegnung mit der
Kultur und Natur im Osten Europas**

Der Naturwaldexperte Andreas P. Speich, dipl. Forsting ETH/SIA zeigt Ihnen auf
einer reichhaltigen, erlesenen Reise Naturwälder, Nationalparke und Kultur-
denkmäler in Böhmen, Mähren, in den slowakischen Karpaten und in Ostpolen.
Von der Donau bis zum Bug
zu verborgenen Schätzen
des europäischen Lebens-
raumes: An die Moldau in
ein idyllisches Renaissance-
Städtchen, zu Grossmutter
Sofie's Märchenwald in Süd-
böhmen, bei uralten Eichen
in den Auen der March, auf

WUNDER-
VOLLEN
URWALD
IN
EUROPA
ENTDECKEN

Bärenpfaden im National-
park Hohe Tatra, mit Flös-
sergesellen auf dem Duna-
jec, unter alten Linden im
zarten Urwaldgrün, in die
altehrwürdige Königsstadt
Krakau, tief in den Wisent-
Urwald in Nordost-Polen
und Chopin in Warschau.

**Frische Waldluft atmen, zauberhaften Waldraum durch-
messen, reizvolle Städte, weite Landschaften entdecken**

Beste Hotels, alle Zimmer mit WC/Dusche, Schlafwagen 1- od. 2-Bett-Komfortab-
teil, Luxusbus mit WC, Pferdegespanne, Flussfahrten, auf Wanderwegen und
quer waldein, naturkundliche und kulturelle Führungen, Varianten für kurze
od. lange Wanderungen; Rückflug Warschau - Zürich mit Swissair. Alles inbegrif-
fen, 1.Kl. SBB-Billett ab CH-Wohnort nach/von Zürich, hervorragende Verpfle-
gung; 17 Tage pauschal Fr. 4'770.- Einzelzimmerzuschlag 580.- Ab Zürich:
Freitagabend: **4. - 20. Juni, 2. - 18. Juli, 30. Juli - 15. August 1999**

Verlangen Sie den Prospekt: *silvatur* Postfach 457, CH-8803 Rüschlikon
Tel. & Fax 01 724 26 49 oder 079 405 61 46 E-mail: speich@voyager.archi.it

FÜR EINE VERNÜNFTIGE STEUERPOLITIK ◉ FDP-Druck

Steuerstopp, damit die Belastung stabilisiert werden kann

Die FDP hat den Steuerstopp gefordert. Damit ist ein klares Zeichen gesetzt, dass nach der Einführung der Lenkungsabgaben für die Umlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene ein Marschhalt einzulegen ist. Die rekordgrosse Zahl gleichzeitig laufender Steuerprojekte droht aus dem Ruder zu laufen, wenn einzelstückweise statt koordiniert vorgegangen wird. Ziel der FDP ist die Stabilisierung und mittelfristige Senkung der Fiskalquote, also der Gesamtheit aller steuerlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft in der Schweiz.

VON FDP-GENERAL-
SEKRETÄR JOHANNES
MATYASSY, MURI (BE)

Die schweizerische Steuerlandschaft wird zunehmend unübersichtlich. An sehr vielen verschiedenen Werkbänken wird an neuen Steu-

erprojekten gewerkelt. Geplant sind im Rahmen des Stabilisierungsprogramms die Verlängerung des dritten ALV-Lohnprozents und des zweiten ALV-Lohnprozents für hohe Einkommen, weitere Mehrwertsteuererhöhungen für die AHV und

IV und – sollte sie vom Volk akzeptiert werden – für die Mutterschaftsversicherung. Energiesteuern, in welcher Form auch immer, und eine CO₂-Abgabe werden folgen. Sodann gibt es Pläne für die Erhöhung der Besteuerung der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge und zur Kompensation der abzuschaffenden Umsatzabgabe im Börsenhandel. Am Fiskalhorizont türmen sich Forderungen der Linken nach neuen Sozialleistungen, die wiederum mit Steuererhöhungen zu bezahlen sind: Zum Beispiel Kinderrenten und die Vollverstaatlichung der Krankenkassen. In diesem Steuerdschungel behalten nur noch Spezialisten die

Übersicht. Vor allem aber besteht die Gefahr, dass die steuerliche Gesamtbelastung zwar in kleinen Schritten, aber dennoch deutlich steigt.

Für einen im Weltvergleich attraktiven Standort Schweiz

In der FDP-Vision «Unsere Schweiz 1999–2007» schreiben wir: «Der Staat sorgt mit berechenbaren, freiheitlichen und wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen für ein im Weltvergleich attraktives Umfeld.» Als Leitlinien für die nächste Legislaturperiode sind definiert worden: konsequent wachstums- und wohlstandsorientierte Wirtschafts-, Fiskal- und Sozial-

ZUM THEMA

.....
An sehr vielen verschiedenen Werkbänken wird an neuen Steuerprojekten gewerkelt.

.....
Am Fiskalhorizont türmen sich Forderungen der Linken nach neuen Sozialleistungen, die wiederum mit Steuererhöhungen zu bezahlen sind.

.....
Mindestens bis eine befriedigende Gesamt-schau vorliegt, werden neue Belastungen von der FDP nicht akzeptiert werden.



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Die Gefahr besteht, dass die steuerliche Gesamtbelastung zwar in kleinen Schritten, aber dennoch deutlich steigt.» (Bild ruti)

politik sowie eine Reduktion der Fiskalquote.

Die Sorge um den Standort Schweiz und die Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit steuerlichen Abgaben steht diesen programmatischen Grundsätzen Pate. Im Weltvergleich ist die Schweiz noch bezüglich Bildungsstandard und Sozialpartnerschaft an der Spitze, bezüglich steuerlicher Bedingungen hat sie einige Ränge verloren. Die eher allgemein gehaltenen programmatischen Aussagen müssen nun in praktische Politik umgesetzt werden.

Die FDP verlangt vom Bundesrat eine klare Aussage zur Zukunft der Sozialversicherungen

Die FDP verlangt den Steuerstopp, bis ein Gesamtkonzept vorliegt, das alle bestehenden und ge-

planten Steuerprojekte umfasst. Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft, aber auch das Parlament müssen endlich eine Gesamtschau erhalten, welche Belastungen geplant sind, wo ein Ausbau statt sinnvollerweise ein Umbau angestrebt wird und wo kompensiert werden kann, wenn berechnete neue staatliche Aufgaben finanziert werden müssen.

Die FDP wird im März auf parlamentarischem Weg dieses Gesamtkonzept verlangen. Darin enthalten sein muss auch eine klare Aussage zur Szenarienwahl des Bundesrates bezüglich Leistungen bei den Sozialversicherungen (IDA FiSo). Mindestens bis eine befriedigende Gesamtschau vorliegt, werden neue Belastungen von der FDP nicht akzeptiert werden.

Bis Grössenordnung Ende Jahr muss es möglich sein, ein solches steuerliches Gesamtkonzept seitens Bundesrat und Bundesverwaltung vorzulegen. Daraus sind – mit der Perspektive einer insgesamt sinkenden Steuerlast – die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen.

Mit Steuerstopp-Initiative auf allen Ebenen Druck machen

Die FDP arbeitet parallel zur Einreichung und allfälligen Überweisung des parlamentarischen Vorstosses am Text der Steuerstopp-Initiative. Sollten sich Parlament oder Bundesrat weigern, das verlangte Gesamtkonzept vorzulegen,

wird die Vorlage verzögert, oder werden die entsprechenden Schlüsse nicht gezogen, wird die FDP diese Volksinitiative lancieren. Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft haben ein Anrecht darauf, dass die im internationalen Vergleich weitüberdurchschnittlich gewachsene Steuerbelastung stabilisiert und mittelfristig auf ein vernünftiges Mass zurückgeführt wird.

Inhaltlich ist bei dieser Initiative an ein Moratorium zur Erhebung neuer oder Erhöhung bundesrechtlicher Steuern zu denken. Ausnahmen müssten möglich sein, aber nur, wenn sie durch den gleichzeitigen Wegfall anderer Steuern in gleicher Höhe voll kompensiert werden. Hier ist an einen analogen Mechanismus wie beim Haushaltsziel 2001 zu denken. Da eine eidgenössische Volksinitiative auf Bundesebene wirksam wird, sich die Steuerbelastung aber aus der Steuer-summe aller drei staatlichen Ebenen zusammensetzt, wird die FDP ihren Kantonalparteien die Lancierung analoger Begehren auf kantonaler Ebene vorschlagen.

Konsequente Finanz- und Steuerpolitik der FDP

Nach Bekanntgabe der FDP-Pläne für eine Steuerstopp-Initiative hat die SVP der FDP ein sogenanntes «Glaubwürdigkeitsproblem» vorgeworfen. Die FDP hat neue steuerliche Belastungen stets abgelehnt, dabei aber immer zwei begründete Ausnahmen gemacht:

1. Ein Mehrwertsteuerprozent für die (vorläufige) Milderung der Demographiefolgen bei der AHV. Diesem Prozent hat das Volk bereits im Rahmen des Systemwechsels von der Umsatzsteuer zur Mehrwertsteuer zugestimmt, das

Parlament bestimmte nur noch den Zeitpunkt der Inkraftsetzung.

2. Die für den Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs benötigten Gelder. Auch in diesem Fall stand die FDP auf der Seite des Volkes.

Diese zwei Vorbehalte hat die FDP in allen Stellungnahmen gemacht. Sie sind inzwischen dank den entsprechenden Volksentscheiden obsolet geworden. Die FDP betrieb und betreibt eine konsequente Finanz- und Steuerpolitik. Am Runden Tisch noch gab die SVP ihr Wort, Einnahmenausfall-Vorlagen nicht zu unterstützen. Anlässlich der Hauseigentümerinitiative waren diese Versprechen zugunsten eines gesunden Bundeshaushalts schnell vergessen.

Heute setzt sich die SVP-Subventionsjägergruppe für eine höchst frag-

würdige Energieabgabe ein, um via staatlich geförderter Holzschnitzelfeuerungen die Waldbesitzer glücklich zu machen. Soviel zur Glaubwürdigkeit der SVP in Sachen «Kampf für Steuerersenkungen» und eine gesunde Bundeskasse.

Die FDP sorgt für gesunde öffentliche Finanzen. Sie sorgt aber auch dafür, dass andere Parteien den Bürgerinnen und Bürgern nicht einzelstückweise neue Belastungen aufhalsen können. Die FDP-Steueroffensive will die Stabilisierung und mittelfristige Senkung der Fiskalquote herbeiführen. ■

ZUM THEMA

.....
Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft haben ein Anrecht darauf, dass die im internationalen Vergleich weitüberdurchschnittlich gewachsene Steuerbelastung stabilisiert und mittelfristig auf ein vernünftiges Mass zurückgeführt wird.

.....
Die FDP betrieb und betreibt eine konsequente Finanz- und Steuerpolitik.

.....
Heute setzt sich die SVP-Subventionsjägergruppe für eine höchst fragwürdige Energieabgabe ein, um via staatlich geförderter Holzschnitzelfeuerungen die Waldbesitzer glücklich zu machen.

FDP fordert Gesamtschau über alle Steuerprojekte.

Die FDP verlangt den Stopp aller Steuer- und Abgabepläne.

Heute wird an zu vielen neuen Steuern herumgewerkelt. Die FDP verlangt einen Steuer- und Abgabestopp, bis eine Gesamtschau vorliegt. Damit Sie erfahren, welche neuen Lasten andere Parteien Ihnen zumuten wollen. Die FDP will wissen, wieviel der Bundesrat für die Sicherung der Sozialwerke ausgeben will. Bevor man neue Steuern produziert. Die FDP meint: Der Steuerdschungel muss durchforstet werden, damit wir auch Steuersätze senken können.

FDP. Kraft der Erneuerung.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

Schreiben Sie uns! FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern; www.fdp.ch; e-mail: gs@fdp.ch

Steuerprobleme

Dipl. Steuerexperte berät Sie
Rufen Sie mich einfach an

Tel. 0900 900 842

Honorar Fr. 6.60/Min. inkl. Telefongebühr,
erste 90 sec. 25 Rappen/Min.
Werner Keller, dipl. Steuerexperte
Winterthur (052) 212 92 72

ABSTIMMUNG VOM 7. FEBRUAR 1999  Wohneigentumsförderung

Für eine einfachere Steuerpraxis

Seit längerer Zeit ist offensichtlich, dass die geltende Besteuerung des Eigenmietwertes nicht zu befriedigen vermag. Die Ablehnung der Initiative «Wohneigentum für alle» dürfte zwar einerseits auf den Zielkonflikt mit dem anvisierten Haushaltsausgleich zurückzuführen sein. Andererseits haben aber gerade die Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung gezeigt, dass man einen Systemwechsel möchte und nicht in erster Linie Änderungen der bisherigen Steuerordnung.

VON FDP-NATIONALRAT
GEROLD BÜHRER,
THAYNGEN (SH)

Ein Wechsel hin zur Beseitigung des Eigenmietwertes und damit verbunden zur Aufhebung des Abzuges der Hypothekarzinsen ist in den letzten Jahren von verschiedener Seite immer wieder gefordert worden. Zuletzt ist eine solche Systemänderung im Nationalrat vor allem wegen Differenzen in der Ausgestaltung gescheitert.

Für eine wirksame Eigentumsförderung

In einem im vergangenen Dezember verabschiedeten Positionspapier fordert die FDP einen solchen Wechsel und will den Bundesrat mittels parlamentarischem Vorstoss in der März-Session beauftragen, bis Ende 2000 eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Nach dem Volksentscheid gegen die Initiative «Wohneigentum für alle» ist nun mit der längst fälligen Vereinfachung in Sachen Eigenmietwert sowie einer wirksamen Unterstützung der Wohneigentumsförderung ernst zu machen.

Mehr Steuergerechtigkeit

Basierend auf den steuerpolitischen Erfahrungen und

■ Förderung statt Benachteiligung des Abbaus der Hypothekarverschuldung.

Mit dieser Reform werden über die Wohneigentumsförderung hinaus wichtige steuerpolitische Vorteile erzielt. Verbessert würde die Erhebungswirtschaftlichkeit. Denn angesichts der Tatsache, dass je nach Zins-

kommen wegen des Eigenmietwertes eine zusätzliche Steuerlast zu tragen haben. Mit diesem Systemwechsel resultiert letztlich eine unabhängig von der steuertechnisch bedingten Gestaltung der Aktiven und Passiven faire Belastung der Einkommen unter den Wohneigentümern. Darüber hinaus wird auch die Abtragung der Hypothekarschuld gefördert.

Gerechtfertigter Steueranreiz

Entgegen der Forderung der Linken soll der Abzug für Unterhaltsaufwendungen beibehalten werden. Es ist steuersystematisch nicht einzusehen, weshalb Aufwendungen lediglich zur Werterhaltung nicht weiterhin abgezogen werden dürfen. Schliesslich sprechen auch baukonjunkturelle Überlegungen gegen eine Änderung dieser Praxis. Vielmehr müsste im Zusammenhang mit dieser steuerpolitischen Neugestaltung auch die Beseitigung der problematischen Dumontpraxis in Betracht gezogen werden.

Mit der Einräumung des Schuldzinsabzuges für Neuerwerber während max. 15 Jahren würde ein verstärkter Anreiz für den Kauf von Wohneigentum ausgelöst. Damit wird am wunden Punkt der niedrigen Eigentumsquote, nämlich dem Einstieg in das Wohneigentum, angesetzt. Man mag aus Gründen der steuerlichen Gleichbehandlung Einwände gegen diese befristete Zinsabzugsmöglichkeit vorbringen. Angesichts des Verfassungsauftrages zur Förderung des Wohneigentums ist dieser steuerliche Anreiz jedoch gerechtfertigt.



FDP-Nationalrat Gerold Bühler: «Der Haushaltsausgleich rückt in Griffnähe. Er darf nicht zu einer neuen Ausgabenspirale missbraucht werden.» (Photo ex-press)

dem Ziel der Eigentumsförderung, drängen sich folgende zentrale Postulate auf:

■ Vereinfachung des Steuersystems durch die Beseitigung des Eigenmietwertes auf selbst genutztem Wohneigentum unter gleichzeitiger Aufhebung des Abzuges der Schuldzinsen.

■ Beibehaltung des Abzuges für werterhaltende Unterhaltsaufwendungen.

■ Befristeter Anreiz für Neuerwerber.

ZUM THEMA

.....
Nach dem Volksentscheid gegen die Initiative «Wohneigentum für alle» ist nun mit der längst fälligen Vereinfachung in Sachen Eigenmietwert sowie einer wirksamen Unterstützung der Wohneigentumsförderung ernst zu machen.

.....
Der geforderte Systemwechsel würde aber auch einen Schritt Richtung mehr Steuergerechtigkeit bedeuten.

.....
Entgegen der Forderung der Linken soll der Abzug für Unterhaltsaufwendungen beibehalten werden.

Vereinfachung in der Steuerpraxis

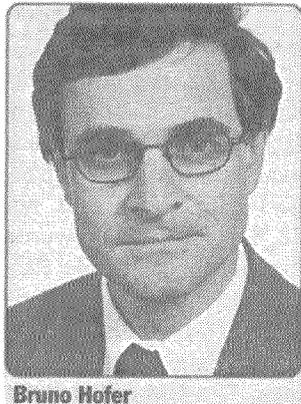
Auf Grund des Stabilisierungsprogrammes und der positiven Auswirkungen der konjunkturellen Erholung rückt der Haushaltsausgleich 2001 in Griffnähe. Der sich daraus ergebende Handlungsspielraum darf nicht zu einer neuen Ausgabenspirale missbraucht, sondern muss für längst fällige steuerliche Verbesserungen genutzt werden. Dadurch sollen die Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft gestärkt und positive gesamtwirtschaftliche Effekte ausgelöst werden. Mit dem Systemwechsel weg vom Eigenmietwert ist nun ein solcher Schritt zu vollziehen, der nebst dem Vorteil der Eigentumsförderung auch eine Vereinfachung in der Steuerpraxis bringen wird.

WAHLKAMPF 1999 ◊ Listenverbindungen

Die Krux der Restmandate

Noch nie holte die SP so viele Restmandate wie 1995. Dahinter steckte eine klare Strategie. Wenn die Bürgerlichen nicht aufpassen, haben sie nach dem 24. Oktober erneut eine Zwei auf dem Rücken. Nur mit Listenverbindungen lässt sich der Trend stoppen. Und natürlich mit noch besseren Programmen und Wahlaktionen!

VON BRUNO HOFER,
PERSÖNLICHEM
MITARBEITER
VON BUNDES-RAT
KASPAR VILLIGER



Bruno Hofer

Erkenntnis durchgesetzt, dass diese mit Listenverbindungen zu holen sind.

Und so ist es tatsächlich: Das Wahlsystem nach Hagenbach-Bischof belohnt jene, die sich zusammenschließen. Wer dies unterlässt, gewinnt trotz vielen Wählern wenige Sitze. Listenstimmen, die nicht mit der einen Gruppe verbunden sind, kommen automatisch jenen Gruppierungen zugute, die sich verbunden haben. Es gilt das Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben.

Nochmals zur Linken, diesmal in tabellarischer Form:

Tabelle 1: Listenverbindungen der SPS

Jahr	kLV	SPS	Li-Verb	Total
1983	3	2	0	2
1987	10	8	1	9
1991	17	8	11	19
1995	18	13	8	21

Legende:

kLV = Anzahl Kantone, in denen die SPS mit Verbündeten Listenverbindungen einging.

SPS = Der gewonnene Sitz ging an die SPS.

Li-Verb = Der gewonnene Sitz ging an eine mit der SP verbundene Liste.

Total = Total dank Listenverbindungen gewonnene Restmandate.

Die Zahlen belegen, dass die SPS die Listenverbindungen mehr und mehr praktiziert und damit 1995 einen Höhepunkt erreichte. In den letzten vier Nationalratswahlen hat die SPS die

Listensysteme versechsfacht. Die so gewonnenen Mandate ebenfalls.

So kam es, dass beispielsweise im Kanton Bern die FDP 1995 volle 281 759 Listenstimmen pro Sitz beibringen musste, der SP genügte 222 393. Auch im Kanton Basel-Stadt hatte die FDP 65 101 zu liefern, während der SP-Listengruppe 43 517 für ein Mandat im Bundeshaus ausreichten. Die FDP wird für ihren Effort offensichtlich schlechter belohnt als die Linke. Die konsequentere Bündnisstrategie der Linken macht dies möglich.

Es gibt kein Indiz, das darauf hindeuten würde, dass die Linke diesen Herbst auf das entdeckte Gestaltungsmittel verzichten würde. Warum sollte sie auch? Grüne und Linksansichten sind gut beraten mitzumachen, denn nicht selten sind sie auch Gewinner (vgl. Tabelle 1, insbesondere Wahlen 1991).

Der Trend ist klar: Es gibt immer mehr Listen,

Tabelle 2: Nationalratswahlen werden zum Volkssport

Jahr	Restmandate	Listen	KandidatInnen
1967	17	119	1258
1971	30	151	1689
1975	26	170	1947
1979	34	164	1812
1983	36	187	1880
1987	48	222	2400
1991	54	248	2561
1995	56	278	2834

gilt: Je mehr Kandidaten, desto mehr Restmandate.

Ende der 60er Jahre wurden weniger als 20 Sitze als Restmandate vergeben, in den 80er Jahren 30 und 50. Und bei den letzten Nationalratswahlen wurden gar rekordhohe 56 Restmandate gezählt. Ursache dieser Entwicklung ist die Zunahme der Listen und KandidatInnen. Es ist gewiss: Wer keine Listenverbindungen eingeht, vergibt Chancen.

Natürlich muss man sich die Frage stellen, ob es politisch opportun ist, Listenverbindungen einzugehen. Doch die Frage heisst nicht: «Wollen wir ein Bündnis mit dieser oder jener Partei?», sondern: «Wollen wir, dass der Sitz an die Linke geht?» Wenn aber die Linke breite Bündnisse schnürt, hat die Rechte eigentlich gar keine Wahl. Bleibt sie zersplittert, wandert der Sitz automatisch nach links. Es geht also darum, mit einer proaktiven Kommunikationspolitik Listenverbindungen zu dem zu machen, was sie sind: Nur ein Zweckbündnis auf Zeit, das verhindert, dass gute bürgerliche Wählerstimmen verlorengehen.

Wir dürfen eines nicht vergessen, der Wahrnehmung in den Medien zum

Trotz: Die FDP befindet sich nicht gerade in Hochform. Bei 7 kantonalen Wahlen 1998 gingen 16 Mandate verloren. Die SP legte unter dem Strich 3 zu. Die Vision 2007 beginnt erst allmählich ihre Früchte zu tragen. Sie wird die programmatische Plattform darstellen, aber der Boden ist hart.

Wenn drei Hungerige jeder für sich vor dem McDonald's stehen und nur Münz im Sack haben, knurren die Mägen weiter. Wenn sie über ihren Schatten springen und ihr Geld zusammenlegen, können sie einen Hamburger kaufen. Den teilen sie unter sich auf. Kein Festessen zwar, aber besser als gar nichts. Genauso ist es bei Listenverbindungen. Einsendeschluss für Nationalratslisten ist im August oder September, je nach Kanton.

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

100 Jahre
Erfahrung,
Dynamik,
Tradition

Ein
Jahrhundert
für unsere
Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-462 62 62

APPENZEL INNERRHODEN ◉ *Geschichte des Freisinns*

Die Liberalen in Innerrhoden

Als Freisinnige aus dem Thurgau kommend, jetzt in Gonten (AI) wohnhaft, wurde ich öfters von Einheimischen darauf aufmerksam gemacht, eine liberale Gruppierung habe es auch in Innerrhoden gegeben. Durch diese Äusserungen «angestachelt», ging ich diesem Thema nach.

Das Gedankengut des sich ausbreitenden Liberalismus im 19. Jahrhundert machte nicht halt vor den Innerrhoder Grenzen. Auch die Liberalen von Appenzell erlebten in gewissem Sinne ihre 1. Blütezeit in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Am meisten geprägt wurde die liberale Partei damals von einem sehr engagierten Mann namens Karl Justin Sonderegger, einem aus Oberegg stammenden Politiker, der von 1863–1905 verschiedene politische Ämter innehatte (Landschreiber, Landesfähnrich, Statthalter, Landammann, Nationalrat, Ständerat). Parteien als solche hatten aber damals wie auch heute für Wahlen kein Gewicht. Es wurden schon damals Köpfe und nicht Parteien gewählt.

Kurz gefasst waren die Ziele des Liberalismus Demokratisierung, Modernisierung des Staatswesens, Freiheit des Individuums. 1863/64 gründete K. J. Sonderegger einen liberalen Bürgerverein. 1894 soll ein erster Zusammenschluss des freisinnigen Blocks zur FDP Schweiz erfolgt sein. Der Hauptort Appenzell war damals vorwiegend liberal geprägt, was mit der Inkraftsetzung der neuen Kantonsverfassung 1873 änderte: Bei der Schaffung der Bezirke wurden beim Bezirk Appenzell die Grenzen in dem Sinne geändert, dass die Liberalen an Gewicht verloren. Wahltaktische Überlegungen konservati-

ver Kreise dürften dabei eine Rolle gespielt haben.

Politische Presse

Zur Presse: 1858 entstand von konservativer Seite die erste Innerrhoder Zeitung «Der Sentis» als Wochenblatt. Rasch geriet dieses Blatt unter liberalen Einfluss. Als «Thurgauerin» zitiere ich aus Band III der Appenzeller Geschichte (Grosser/Hangartner): «Die Redaktion ging im Septem-

Der nebenstehende Artikel geht der Geschichte der Liberalen in Appenzell Innerrhoden nach, dem einzigen weissen Fleck in der Landkarte der FDP-Kantonalparteien. Wir teilen den Wunsch der Autorin, dass sich doch auch in Innerrhoden mindestens eine Handvoll liberaler Geister finden lassen müsste.

ber 1860 an den aus dem Thurgau stammenden freisinnigen Lehrer J. Schmid, der nicht nur den Namen der Zeitung änderte, sondern auch einen radikalen Kurs einschlug.» Sein Stil vertrat sich aber nicht mit der vorwiegend konservativen Gesinnung der Innerrhoder, was Schmid nach kurzer Tätigkeit sowohl Lehramt als auch den Redaktorenposten kostete.

Mitte der 60er Jahre wurde K. J. Sonderegger zum Hauptförderer der liberalen Presse. Die Zeitung wechselte noch mehrmals den Namen, ab 1878 hiess das Blatt «Der freie Appenzeller». 1876 entstand als Gegengewicht das konservative Blatt «Appenzeller

Volksfreund». Zitat aus Band III der Appenzeller Geschichte: «An Kampfgeist fehlte es beiden Innerrhoder Zeitungen wahrhaftig nicht, und brisante Tagesthemen standen reichlich zur Diskussion.» Bis 1895 vermochte sich die liberale Zeitung zu halten. Dann zwangen parteipolitische wie auch finanzielle Schwierigkeiten zur Aufgabe.

Aufnahme in Mutterpartei

1906: Bildung eines freisinnig-demokratischen Vereins mit bis über 100 Mitgliedern. Im Dezember 1906 wurde punkto Zeitung neu gestartet mit 3 Probenum-

mern. Die gute Aufnahme erfüllte die Parteimitglieder unter Führung von Statthalter Franz Speck (Hutmacher-Speck) mit Zuversicht, diese Zeitung «Anzeiger vom Alpstein» zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Spannend zu lesen sind die Kommentare zu dieser Neugründung im «Appenzeller Volksfreund» vom 15. und 19.12.1906. Fairerweise wurden darin auch viele Kommentare aus Blättern der übrigen Schweiz veröffentlicht. So wurde in konservativen Kantonen diese Neugründung eher belächelt, in liberalen Kantonen wurde das neue Oppositionblatt begrüsst als Gegengewicht zur bestehenden Presse mit da-

mals sogenannter ultramontaner Richtung.

1911: Zuzug des liberalen Glarner namens Willy Jacober. Dieser übernahm die Redaktion des «Anzeigers». Im selben Jahr, am 28. September 1911, wurde die freisinnig-liberale Partei Innerrhoden in die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz aufgenommen. Die Geschäftsleitung nominierte Kantonsrichter F. Fuchs als Mitglied in den Zentralvorstand der FDP Schweiz. 1918 übernahm die Druckerfamilie Willy Jacober die Genossenschaft der liberalen Presse Innerrhodens. Der Familie Jacober ist es zu verdanken, dass der «Anzeiger vom Alpstein» viele Jahrzehnte überleben konnte, nur dank grossen persönlichen und finanziellen Opfern. Der «Anzeiger» schaffte es nicht, amtliches Publikationsorgan zu werden.

Zwei Liberale in der Regierung

1926 verzeichneten die Liberalen einen erneuten Höhepunkt. An der Landsgemeinde wurden zwei ihrer Mitglieder in die Regierung gewählt, als Säckelmeister der Zeugherr Karl Emil Locher und als Armleut-Säckelmeister Emil Ebnetter. Die Weltkriege hinterliessen Spuren. Zunehmend bekundeten die Innerrhoder Liberalen auch Mühe mit der schweizerischen FDP, auf Grund unterschiedlicher Gesinnung. Auch eine Umbenennung 1931 in «fortschrittliche Bürgerpartei» brachte keinen Erfolg. So beschlossen die verbleibenden Mitglieder 1946, die Partei zu suspendieren: Dies in der Hoffnung, sie später wieder aufleben zu lassen.

ZUM THEMA

Der Hauptort Appenzell war damals vorwiegend liberal geprägt, was mit der Inkraftsetzung der neuen Kantonsverfassung 1873 änderte: Bei der Schaffung der Bezirke wurden beim Bezirk Appenzell die Grenzen in dem Sinne geändert, dass die Liberalen an Gewicht verloren.

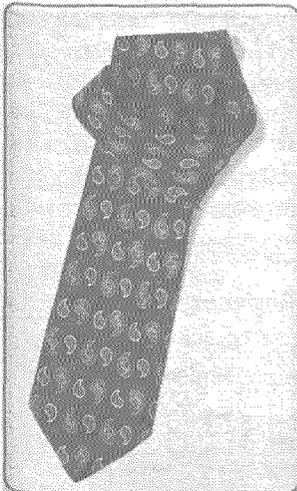
So beschlossen die verbleibenden Mitglieder 1946, die Partei zu suspendieren: Dies in der Hoffnung, sie später wieder aufleben zu lassen.

Der «Anzeiger vom Alpstein» erschien ab 1952 noch einmal monatlich bis 1972. Dann kam das «Aus» für den «Anzeiger», einst Bannerträger des Liberalismus und Träger der politischen Opposition in Innerrhoden. Die Redaktoren waren: 1907–1911 A. Mühlemann, 1911–1946 Willy Jacober-Böni, 1946–1957 Dr. Karl Dörig (Spectrum loci), 1957/58 Dr. Hermann Grosser (Am Fenster), 1958–1964 Walter Koller (Aus Dorf und Land), 1964–1972 Alfred Fischli (Lokal Colorit).

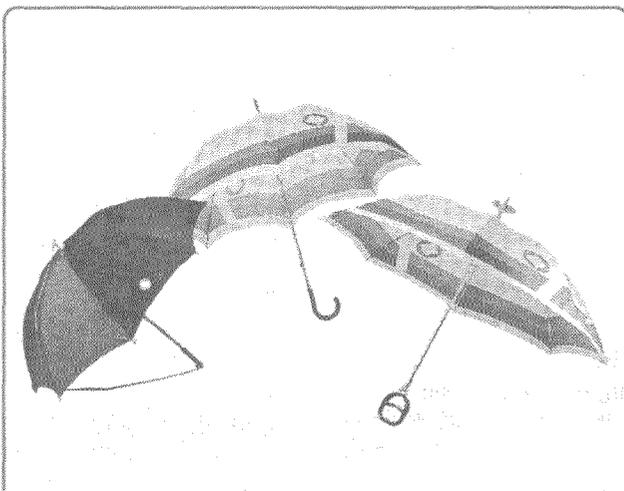
Die Liberalen sind mit Sicherheit auch heute noch existent. Der Kanton ist aber klein, und seine Bürger und Bürgerinnen sind in Interessen- oder Berufsverbänden organisiert. Ob es vielleicht noch einen liberalen Wochenstamm gibt und ich das bloss nicht weiss?

Janine Isler, Gonten

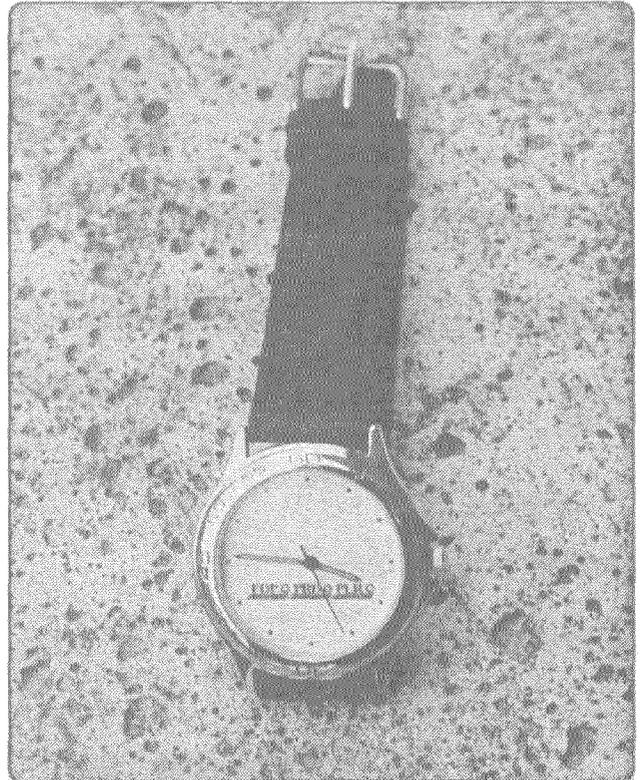
FDP-Lädeli 1999



Krawatte 2001. Reine Seide Crêpe, 10x140 cm, in den Farben Dunkelblau, Blau/Rot/Weiss.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



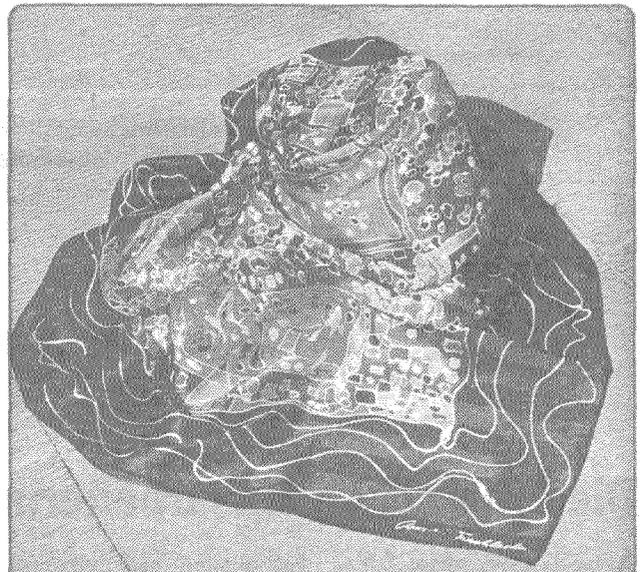
FDP-Armbanduhr «excellence», silber-poliert, schwarzes Lederband. Topmodisch.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



Foulard 2001. Reine Seide, 90x90 Zentimeter gross, in den modischen Farben Rot/Blau/Grün/Schwarz/Weiss.

Talon

ICH BESTELLE:

- | | | | |
|---|------------|---|------------|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe | à Fr. 45.- | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille | à Fr. 45.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte 2001 | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Ex. Uhr | à Fr. 45.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 2001 zu Fr. 50.- | |

Name: _____

3/99

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

Die Frau als Lebensarbeiterin

Tagung der FDP-Frauen Schweiz

Samstag, 13. März 1999

Zunfthaus zur Zimmerleuten, Limmatquai 40, Zürich

Programm

- 9.30 Uhr Empfang, Kaffee, Gipfeli
- 10.00 Uhr Begrüssung durch die Präsidentin,
Sibylle Burger-Bono
- REFERATE**
- Prof. Dr. phil. Walter Hollstein, Berlin**
«Die gesellschaftliche Arbeitsteilung von Frau und Mann»
Traditionen, Veränderungen und Perspektiven
- Prof. Dr. Heidi Schelbert, Uni Zürich**
«Die Schweiz kann sich die Unternutzung des weiblichen Fähigkeitspotentials nicht länger leisten!»
- Erika Forster, Ständerätin, St. Gallen**
«Das belastete Geschlecht», Vermeintliche und tatsächliche Hindernisse für Frauen in der Politik
- Matthias Kummer, Direktor Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft**
«Die Frau in der Wirtschaft»
- 12.15 Uhr **LUNCH**

13.15 Uhr

PODIUMSDISKUSSION

Das Podium setzt sich aus den Vormittagsreferentinnen und -referenten zusammen sowie aus:

Dr. iur. Annette Lenzlinger, Wirtschaftsanwältin,
Initiantin Childcare Service für Führungskräfte

Lic. iur. Margrit Weber, Rechtsanwältin

Podiumsleitung: **Ruth Gisi**, Regierungsrätin SO

Diskussion mit dem Publikum

15.30 Uhr

Ende der Tagung

Die Tagungskosten betragen Fr. 65.-, inkl. Kaffee, Gipfeli, Lunch und Mineralwasser. Der Betrag wird an der Tageskasse eingezogen. Bei unentschuldigtem Nichterscheinen wird ein Unkostenbeitrag von Fr. 40.- verrechnet.

Anmeldung bitte mit untenstehendem Talon an:

Ursula Stähli
Häsiweg 25
5018 Erlinsbach

Die Frau als Lebensarbeiterin

Arbeit wird allzu häufig mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt.

Das widerspricht den auch heute noch häufigen Biographien von Frauen. Daneben erwerben Frauen ihr Leben lang Fähigkeiten, die auch im Wirtschaftsbereich von Nutzen sind. Auch nicht erwerbstätige Frauen sind Organisatorinnen, Mediatorinnen mit vielfach enormen kommunikativen Fähigkeiten und hoher sozialer Kompetenz.

Welche Konzepte und Projekte gibt es, damit diese

Fähigkeiten beispielsweise bei einem Wiedereinstieg von der Wirtschaft angemessen gewichtet und berücksichtigt werden können?

Welchen Beitrag können die Frauen selbst leisten, damit ihre in der Firma «Familie» erworbenen Schlüsselkompetenzen auf dem Arbeitsmarkt richtig bewertet werden?

Die Tagung möchte diese Fragen diskutieren und Perspektiven aufzeigen.

Wir laden Sie herzlich ein, mit uns einen interes-

santen Tag in Zürich zu verbringen, und freuen uns auf Ihre Anmeldung.

*Ihre FDP-Frauen
Schweiz,
Sibylle Burger-Bono,
Präsidentin*

Anmeldetalon

JA, ich melde mich zur Tagung der FDP-Frauen Schweiz an.

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte an:

Ursula Stähli
Häsiweg 25, 5018 Erlinsbach

«FREISINN»-WETTBEWERB Die Antworten

Der Grund für die Verlegenheit...

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, was denn FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy zu Ständerätin Françoise Saudan gesagt haben könnte, dass sie so arg verlegen zu Boden schauen muss. Hier die Gewinner-Antworten.

Leser am «Freisinn»-Wettbewerb beteiligt. Die Redaktion musste unter einigen sehr originellen Einsendungen entscheiden, wer Gewinnerin und Gewinner werden sollte. Die Hauptpreise, nämlich ein FDP-Foulard und ein FDP-Portefeuille, gingen an:

Frau Rita Bruggmann, Uzwil, für:

«Nicht schon wieder in der weissen Jacke!»

und an Herrn Otto Wüest, Steinhausen, für:

«Hier wird nicht für die CVP gebetet!»

Herzliche Gratulation!

Die «Freisinn»-Redaktion dankt auch allen weiteren Einsenderinnen und Einsendern fürs Mitmachen. Der nächste Wettbewerb folgt!

GUS. Wieder haben sich sehr viele Leserinnen und



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy und die Genfer Ständerätin Françoise Saudan: Blicke sagen vieles, wenn man den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des «Freisinn»-Wettbewerbs glauben darf...

TERMINE	
März	
1.-19.	Frühjahrsession
4.	Geschäftsleitung
9.	Beamtencocktail
16.	Presseverband / Essen mit der Fraktion
19.	Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung
20.	a. o. Delegiertenversammlung Bern
April	
13.	Presseverband
18.	Eidgenössische Abstimmung
20.-22.	Sondersession
22.	Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung
23.	Delegiertenrat
23./24.	Fraktionssitzung inkl. Treffen mit Regierungsrätinnen/-räten
23./24.	Ordentliche Delegiertenversammlung (Brig)
Mai	
6.	Bundesratsparteiengespräche
7.	Von-Wattenwyl-Gespräch
8.	FDP-Frauen-Delegiertenversammlung
21.	Vorsessionale Fraktionssitzung
27.	Sekretärenkonferenz
31.-18. 6.	Sommersession

Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Mit einem Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» erreichen Sie viele interessierte Leserinnen und Leser, denen Sie Ihre Angebote präsentieren und empfehlen können.

Erschliessen Sie sich diesen attraktiven Markt.

Ich/wir möchten mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.
- Nehmen Sie bitte umgehend mit mir/uns Kontakt auf.

Name/Firma: _____

Zuständig: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden/faxen an:
KRETZ AG, Verlag und Annoncen
Postfach, 8706 Feldmeilen

Telefon (01) 923 76 56, Fax: (01) 923 76 57
E-Mail:kretz_ag@bluewin.ch

«Scheint sich um eine Art christdemokratisches Jekami zu handeln.»



Karikatur Andreas Töns

REFORMEN ◊ Strafverfolgung

Die Schweiz braucht eine Offensive der inneren Sicherheit

Immer neue Meldungen über unbegreifliche Gewalttaten in der Schweiz, über neue Formen der organisierten Kriminalität, über Internetpornographie und -pädophilie, Einbruchserien im Mittelland usw. führen zu einem Klima der Unsicherheit. Einwohnerinnen und Einwohner fühlen sich persönlich bedroht. Wer die dunklen Kräfte bekämpfen will, muss der Polizei und der Justiz aber auch die notwendigen Mittel in die Hand geben. Eine neue Offensive der inneren Sicherheit tut not.

VON FDP-GENERAL-
SEKRETÄR JOHANNES
MATYASSY, MURI (BE)

Der Lehrermord von St. Gallen ist nur ein Beispiel. Die fünfzig gefundenen strafrechtlich relevanten Fälle von Internetpornographie und -pädophilie sind nur Beispiele. Die immer häufiger auftauchenden Meldungen über organisierte Verbrechen der sogenannten «Russland»-Mafia sind nur Beispiele. Die Einbruchserien in Wohnquartieren im Mittelland sind nur Beispiele. Der Beispiele sind aber genug, dass in breiten Kreisen berechtigtes Unbehagen und Bedrohungsgefühle entstehen.



Johannes Matyassy

Diesem Unwohlsein mit Bagatellisierung oder reflexartigem Verweis auf den Datenschutz zu begegnen greift zu kurz. Neue Mittel zur Garantie der inneren Sicherheit sind notwendig und müssen auch eingesetzt werden dürfen. Männiglich rieb sich die Augen, als man lesen musste, dass die Datenbanken der kantonalen Polizeien offenbar noch nicht einmal miteinander vernetzt sind. Es wird Zeit, und die entsprechenden Stellen haben das auch erkannt, dass die Fahndungsmethoden modernisiert werden.

Welches sind die Herausforderungen der inneren Sicherheit?

Ein Problemkreis von sehr grosser Dimension tut sich im elektronisch-virtuellen

Bereich auf. «Information warfare» heisst das Stichwort. Abhängig geworden von der Vernetzung, sind wir verwundbar in diesem Bereich. Der Schutz der Informatiknetze gehört deshalb zuoberst auf die Prioritätenliste einer neuen Offensive der inneren Sicherheit. In diesem Bereich ist auch der Zugang der Behörden zu sicherheitsrelevanten Informationen zu verbessern.

Die Strafjustiz steht in den Bereichen des organisierten Verbrechens, der Geldwäscherei und in bestimmten Arten der Wirtschaftskriminalität vor einigen Schwierigkeiten. Diese Kriminalitätsformen erscheinen oft auf globaler, grenzüberschreitender Ebene. In der Strafverfolgung hat die Schweiz heute noch ein Defizit. Trotz

schreitende strafbare Handlungen sollen grundsätzlich der Bundesgerichtsbarkeit unterstellt werden. Dazu gehört selbstverständlich auch eine Vernetzung der entsprechenden kantonalen Datenbanken. Eine einzige Zuständigkeit trägt wesentlich zu einer Effizienzsteigerung der Strafverfolgung bei.

Im weitem muss eine neue Offensive der inneren Sicherheit auch eine Verstärkung der Polizeipräsenz und der Massnahmen im Bereich der öffentlichen Ordnung beinhalten. Der Kanton Basel-Stadt hat hier vorbildliche Arbeit geleistet. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sind die Polizeikorps personell auszubauen, um auf öffentlichem Grund wieder eine Zone der Sicherheit zu schaffen.

Sicherheit zum Thema gemacht

Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 23./24. April 1999 in Brig wird sich mit einem Positionsbezug zur Sicherheit in der Schweiz befassen.

grössten Anstrengungen stossen vor allem kleinere Kantone an ihre Kapazitätsgrenzen. Um die Strafverfolgung effizienter zu gestalten, tut eine zentrale Leitung der Verfahren not. Aus diesem Grund muss der Bund in gewichtigen Fällen von Wirtschaftskriminalität und organisiertem Verbrechen künftig mehr Verfahrenskompetenz erhalten. Grenz- oder kantonsüber-

Es ist unverständlich, dass sich die Linke gegen eine massvolle, aber sichtbare Präsenz von Ordnungshütern wehrt. Tony Blair in Grossbritannien und Lionel Jospin in Frankreich zeigen da wesentlich weniger Berührungängste.

Kein Freipass für den «grossen Bruder»

Diese Massnahmen zielen keineswegs darauf an, einen

ZUM THEMA

Der Schutz der Informatiknetze gehört deshalb zuoberst auf die Prioritätenliste einer neuen Offensive der inneren Sicherheit.

Um die Strafverfolgung effizienter zu gestalten, tut eine zentrale Leitung der Verfahren not.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sind die Polizeikorps personell auszubauen, um auf öffentlichem Grund wieder eine Zone der Sicherheit zu schaffen.

neuen Überwachungs- oder gar einen Fichierstaat aufzubauen. Es ist aber weit übertrieben, notwendige und moderne Instrumente der Strafverfolgung schon vor deren kritischen Prüfung abzuschreiben und für nicht gesetzmässig zu erklären.

Unter Respektierung des Persönlichkeits- und des wohl begründeten Datenschutzes muss den Bürgerinnen und Bürgern ein Optimum an innerer Sicherheit geboten werden können. Diese ist heute, ohne die notwendigen Reformen, nicht mehr genügend gewährleistet. Wir brauchen eine neue Offensive der inneren Sicherheit.

TERMINE

Juni

- 3. Geschäftsleitung (Fronleichnam)
- 9. Fraktionsausflug
- 13. Eidgenössische Abstimmung
- 22. Presseverband
- 24. Sekretärenkonferenz
- 26. FDP-Frauentag

Juli

- 6. Presseverband (Generalversammlung)
- 22. Sekretärenkonferenz